

GI Fristsache

Am 30. 9. 1993 droht der Eintritt vermeidbarer Haftpflichtansprüche:

Der Antrag auf Investitionszulage für Investitionen im Fördergebiet ist fristgebunden. Er ist bis zum 30. 9. eines Kalenderjahres zu stellen, das auf das Wirtschaftsjahr folgt, in dem die Investitionen abgeschlossen worden, Anzahlungen geleistet worden oder Teilerstellungskosten entstanden sind (§ 6 Abs. 1 InvZulG 1991).

Veranlassen Sie einen Fristhinweis an Ihre Mitarbeiter.

Wir empfehlen, die Antragsfrist nicht bis zur „letzten Minute“ auszuschöpfen. Der Antrag kann bereits vor Beginn des Kalenderjahres gestellt werden, das dem Wirtschaftsjahr folgt, in dem der Mandant die begünstigten Investitionen getätigt hat. Er sollte zumindest baldmöglichst nach Ende des Wirtschaftsjahres beim Finanzamt eingereicht werden.

Beachten Sie, daß der Antrag vom Steuerpflichtigen eigenhändig unterschrieben wird (§ 6 Abs. 3 InvZulG 1991). Bei einer Kapitalgesellschaft hat ein vertretungsberechtigter Geschäftsführer, bei einer Personengesellschaft ein zur Vertretung berechtigter Gesellschafter zu unterschreiben. Die Unterschrift des Steuerberaters reicht nicht aus.

Das Fördergebiet ist nach dem Standortsicherungsgesetz (StandOG) neu definiert worden:

Fördergebiet sind die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nach dem Gebietsstand vom 3. 10. 1990. Durch Einführung dieser Gebietsstandsklausel wird sichergestellt, daß für Gebietsteile, die von neuen in alte Bundesländer umgliedert werden, weiterhin das Fördergebietsgesetz anzuwenden ist.



GI Leitsätze

Anspruch auf Rechnungserteilung

Der Anspruch auf Erteilung einer Rechnung mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer verjährt in 30 Jahren.

(BGH, Urt. v. 2. 12. 1992 – VIII ZR 50/92 – NJW 1993, 536 = WM 1993, 519 = ZIP 1993, 198)

Anmerkung: Der BGH hatte bisher die Frage offengelassen, welche Verjährungsfrist für den Anspruch auf Rechnungserteilung gilt. Nunmehr ist dahingehend entschieden, daß der Anspruch in 30 Jahren verjährt. Der Fristablauf beginnt mit der Anspruchsentstehung gemäß § 195 BGB.

Unterschrift i. A. / Berufungsbegründung

Die Unterzeichnung der Berufungsbegründungsschrift mit dem Zusatz „i. A.“ ist dann unschädlich, wenn der unterzeichnende Rechtsanwalt zum Kreis der beim Berufungsgericht zugelassenen Prozeßbevollmächtigten des Berufungsklägers zählt und unmittelbar in Ausführung des ihm selbst erteilten Mandates tätig wird (Abgrenzung zu BGH, Beschl. v. 5. 11. 1987 – V ZR 139/87 = NJW 1988, 210; Bestätigung von BAG NJW 1987, 3279).

(BGH, Beschl. v. 27. 5. 1993 – III ZB 9/93; vgl. FG Hamburg EFG 1990, 119 = GI 90, 94 LS)

Fristversäumnis / Erkrankung des Prozeßbevollmächtigten

Ein Steuerberater (Rechtsanwalt) muß sein Büro grundsätzlich so organisieren, daß die Einhaltung von Rechtsbehelf- und Rechtsmittelfristen auch im Falle seiner Abwesenheit gewährleistet ist. Fehlen entsprechende Anweisungen an das Personal, ist selbst eine plötzliche Erkrankung nicht als Ursache der Säumnis zu werten.

(BFH-Urt. v. 18. 1. 1993 – X R 83/91 – BFH/NV 1993, 427)

Fristversäumnis

- Postbeförderung
- neue Bundesländer

(BGH, Beschl. v. 22. 4. 1993 – VII ZB 2/93)

Leitsatz:

Auch in den neuen Ländern kann eine Partei darauf vertrauen, daß ein in einer Landeshauptstadt am Donnerstag nach der letzten Leerung in den Postbriefkasten eingeworfener Schriftsatz das zuständige Gericht, das seinen Sitz in einer anderen Landeshauptstadt in den neuen Ländern hat, jedenfalls am folgenden Montag erreicht.

Aus den Gründen:

- a) Das Berufungsgericht stellt in seiner die Wiedereinsetzung ablehnenden Entscheidung darauf ab, die Klägerin habe nicht darauf vertrauen dürfen, daß der Schriftsatz rechtzeitig, nämlich am Montag, den 3. 8. 1992, beim Berufungsgericht eingehen werde. Sie habe nicht vorgetragen, wann der Briefkasten geleert werden sollte. Die Sendung sei im übrigen erst nach zwei weiteren Tagen, nämlich am Samstag, den 1. 8. 1992 abgestempelt worden. Nach dem bisherigen Stand dürfe in den neuen Ländern nicht darauf vertraut werden, daß ein Brief bereits am kommenden Werktag sein Ziel erreicht.
- b) Mit dieser Begründung überspannt das Berufungsgericht die an die Sorgfaltspflicht zu stellenden Anforderungen.

Daß die Berufungsbegründung bereits am 30. 7. 1992 in den Briefkasten geworfen wurde, bezweifelt auch das Berufungsgericht nicht. Von diesem Ausgangspunkt her aber ist die getroffene Entscheidung widersprüchlich, da es nicht darauf ankommt, ob eine Partei darauf vertrauen kann, daß ein am **Samstag** eingeworfenes Schreiben bereits am folgenden Montag den Empfänger erreichen wird. – **Selbst wenn man unterstellt, daß die Briefsendung am Donnerstag erst nach der letzten Leerung dieses Tages in den Postbriefkasten eingeworfen wurde, durfte sich der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin darauf verlassen, daß die Sendung dann jedenfalls am 31. 7. 1992, an einem Freitag, befördert werden würde.** Da nichts dafür sprach, daß ein „regulärer“ Postbriefkasten nicht an allen Werktagen geleert werden könnte, bedurfte es insoweit auch keiner genaueren Feststellung der Leerungszeiten. Daß der Brief erst am Samstag abgestempelt wurde,

war nicht vorhersehbar. Diese verspätete Beförderung ist vielmehr offensichtlich auf ein Versäumnis der Post zurückzuführen, sei es, daß der Briefkasten vorher gar nicht oder nicht gründlich genug geleert wurde (so daß die Briefsendung „hängenblieb“), oder aber daß der Schriftsatz vor der Abstempelung im Gewahrsam der Post liegenblieb.

Ist somit davon auszugehen, daß die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin mit einer Beförderung der Berufungsbegründung jedenfalls am 31. 7. 1992 rechnen durften, konnten sie auch darauf vertrauen, daß die Sendung fristgerecht am Montag, den 3. 8. 1992, beim Berufungsgericht eingehen würde. Daß die Briefbeförderung zwischen zwei Landeshauptstädten **mehr als drei Postbeförderungstage** (Freitag, Samstag, Montag) **beanspruchen würde, braucht auch in den neuen Ländern keine Partei in Rechnung zu stellen** (vgl. auch BGH, Beschl. v. 18. 12. 1991 – VIII ZB 37/91, nicht veröffentlicht).

- c) Ist nach alledem davon auszugehen, daß die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin an der Fristversäumung kein Verschulden trifft (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), ist der angefochtene Beschluß unter Gewährung der beantragten Wiedereinsetzung aufzuheben.

Bilanzprüfung

- Umwandlungsbilanz
- Wertansätze
- Mitverschuldenseinwand

OLG Oldenburg, Urt. v. 6. 4. 1993 – 5 U 86/92

Leitsätze (d.Verf.):

1. Ist die Bilanz einer Personengesellschaft nur von einem Gesellschafter und dessen Steuerberater unterschrieben, muß der Wirtschaftsprüfer/Steuerberater darauf hinwirken, daß auch der andere Gesellschafter unterschreibt; zumindest soll er sich die Richtigkeit der Bilanzansätze von diesem bestätigen lassen. (hier: WP bescheinigte die Richtigkeit des Wertansatzes der Umwandlungsbilanz einer KG, die an der Personengesellschaft beteiligt war.)

2. Den Käufer trifft ein Mitverschuldenseinwand, weil er als Diplomkaufmann in der Lage war, sich ein umfassendes Bild über die finanzielle Situation des Unternehmens insbesondere im Hinblick auf die Personengesellschaft zu verschaffen und weil er vor der Übernahme in der KG als künftiger Inhaber des Unternehmens tätig und über die wesentlichen geschäftlichen Belange unterrichtet war.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die beklagten Wirtschaftsprüfer und Steuerberater auf Feststellung ihrer Schadenersatzpflicht wegen der Verletzung von Prüfungspflichten in Anspruch.

Der Kläger interessierte sich Anfang 1989 für den Erwerb der in V. ansässigen Firma H. und K. KG, deren Stammkapital von dem inzwischen verstorbenen Dipl.-Ing. H. K. gehalten wurde. Der Kläger trat deshalb an den Beklagten zu 1. heran und beauftragte ihn mit dem Entwurf eines Unternehmenskaufvertrages. Dabei wurde er von dem Erstbeklagten beraten, der ihm empfahl, das Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH fortzusetzen; vor dem Erwerb sollte die Kommanditgesellschaft von ihrem bisherigen Gesellschafter in eine GmbH umgewandelt werden. Der weitere Umfang der von den Beklagten entfalteten Beratungstätigkeiten ist zwischen den Parteien streitig.

Die Beklagten fertigten den Entwurf eines Unternehmenskaufvertrages und setzten sich mit dem Kläger wegen der Umwandlung der Gesellschaft in eine GmbH in Verbindung. Der Beklagte zu 1. erklärte dem Kläger mit Schreiben vom 27.4.1989 u. a., daß eine von dem Steuerberater K. erstellte Umwandlungsbilanz für die Firma H. und K. KG den gesetzlichen Anforderungen nicht genüge, weil sie nicht mit einer Bescheinigung hinsichtlich der Richtigkeit der Wertansätze versehen sei. Sodann wurde durch die Sozietät der Beklagten eine Umwandlungsbilanz zum 31.12.1988 erstellt. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten wurden im Auftrag der Beklagten durch den Wirtschaftsprüfer O. erbracht, der die vorliegende Bilanz der Steuerberatersozietät K. und O. einer Überprüfung unterzog und sich ferner mit der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Fa. M./Fa. H. u. K. zum 31.12.1988 auseinandersetzte.

Die Bilanz dieser ARGE, an der die Firma H. u. K. zur Hälfte beteiligt war, wies einen Gewinn in Höhe von 91.970,24 DM, mithin von 45.985,12 DM für die KG aus. Der Gewinnanteil der KG wurde in die Umwandlungsbilanz übernommen und ist in der Position der „sonstigen Vermögensgegenstände“ von 84.137,16 DM enthalten.

Ferner enthält die Umwandlungsbilanz eine Forderung in Höhe von 183.248,10 DM der KG gegen die ARGE. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Umwandlungsbilanz verwiesen, die mit folgender Bescheinigung versehen ist:

„Bescheinigung:

Wir bescheinigen hiermit, daß die Wertansätze in der vorstehenden Umwandlungsbilanz den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und insbesondere Aktiva nicht überbewertet und Passiva nicht unterbewertet worden sind.

Oldenburg, 17. 5. 1989

O., Dr. K. und Partner

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater“

Die Bescheinigung ist von dem Erstbeklagten und dem Wirtschaftsprüfer O. (i. V.) unterzeichnet.

Mit Schreiben der Sozietät vom 17. 5. 1989 wurde dem Kläger die Bilanz übersandt, in dem u. a. auf die oben genannte Bescheinigung über die Ordnungsmäßigkeit der Wertansätze sowie darauf hingewiesen wurde, daß der vorliegende Jahresabschluß der Steuerberater K. und O. aufgrund eigener Überprüfungen in mehreren Punkten geändert worden sei.

Durch Kaufvertrag v. 30. 6. 1989 erwarb der Kläger die in eine GmbH umgewandelte Firma H. u. K. von dem Dipl.-Ing. K. In der Folgezeit stellte sich heraus, daß die von der beklagten Sozietät erstellte Umwandlungsbilanz falsch war. Während der Wirtschaftsprüfer O. noch von einem Gewinn der ARGE von 91.970,24 DM ausgegangen war, hatte diese tatsächlich Verluste in Höhe von 270.767,84 DM erwirtschaftet, an denen die KG mit 135.383,92 DM beteiligt war. Zudem war die Forderung der KG gegen die ARGE von 183.248,10 DM nicht zu realisieren. Die Firma M. hatte am 21. 4. 1989 eine Rechnung über brutto 468.000,- DM gegen die Arbeitsgemeinschaft erstellt, die im wesentlichen zur Unrichtigkeit der Umwandlungsbilanz führte. Ob der Kläger vor Abschluß des Kaufvertrages vom 30. 6. 1989 von dieser Rechnung erfuhr, ist zwischen den Parteien streitig.

Eine spätere Überprüfung der Buchführung der Firma H. und K. GmbH durch einen Mitarbeiter der Beklagten Anfang 1990 führte zur Aufdeckung der Verluste. Mit Schreiben vom 15. 2. 1990 widerriefen die Beklagten daraufhin die der Firma H. und K. KG am 17. 5. 1989 erteilte Bescheinigung zu der Umwandlungsbilanz zum 31. 12. 1988.

Nach Eingang dieses Schreibens erklärte der Kläger am 17.2.1990 gegenüber Herrn K. sen. die Anfechtung des Unternehmenskaufvertrages wegen arglistiger Täuschung. Zugleich nimmt er in dem noch anhängigen Rechtsstreit die Erben des Veräußerers auf Rückzahlung der geleisteten Zahlungen sowie auf Feststellung in Anspruch.

Der Kläger begehrt festzustellen, daß die Beklagten wegen Verletzung ihrer Prüfungspflichten verpflichtet sind, ihm den materiellen Schaden zu ersetzen, der ihm durch den Erwerb der Firma H. u. K. GmbH entstanden ist und noch entstehen wird.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist teilweise auch begründet. Das Feststellungs- und Ersatzbegehren des Klägers ist nur unter Berücksichtigung eines hälftigen Mitverschuldens sachlich gerechtfertigt.

Das Landgericht hat zu Recht erkannt, daß dem Kläger wegen einer schuldhaften Verletzung des zwischen den Parteien geschlossenen Auskunfts- und Beratungsvertrages (§ 675 BGB) der ausgeurteilte Feststellungsanspruch dem Grunde nach zusteht. Allerdings sind die Beklagten lediglich verpflichtet, die dem Kläger durch den fraglichen Unternehmenskauf entstandenen und künftig entstehenden materiellen Schäden zur Hälfte zu ersetzen. Zwischen den Parteien ist ein **Auskunfts- und Beratungsvertrag** zustande gekommen. Wie nicht streitig ist, haben die Beklagten den Kläger über die Umwandlung der KG in eine GmbH sowie über die Fortführung des Unternehmens in der Rechtsform einer GmbH beraten und für ihn entsprechend seinem Auftrag einen Unternehmenskaufvertrag entworfen. Zudem ist der Kläger auf den Rat des Erstbeklagten noch vor der Übernahme der Geschäftsanteile Ende April 1989 als leitender Angestellter in das Unternehmen eingetreten. Vor diesem Hintergrund und auch unter Berücksichtigung des vereinbarten und gezahlten Honorars von 10.000,- DM ist nicht zweifelhaft, daß auch die mit Schreiben v. 17. 5. 1989 erfolgte Übersendung der Umwandlungsbilanz im Rahmen der zwischen den Parteien bestehenden Vertragsbeziehungen erfolgt ist. Dabei kann es offenbleiben, ob der Kläger oder die Firma H. u. K. KG dem Beklagten den Auftrag zur Erstellung der Bilanz erteilt haben. Denn es war für die Beklagten erkennbar, daß die Umwandlungsbilanz für den Kläger von erheblicher Bedeutung war und von ihm zur Grundlage wesentlicher Entscheidungen auf wirtschaftlichem, tatsächlichem oder rechtlichem Gebiet gemacht werden sollte. In diesem Fall liegt insbesondere dann, wenn – wie hier – der Auskunftgeber über besondere Sachkunde verfügt, ein stillschweigender Auskunftsvertrag zugrunde (etwa: BGH WM 1985, S. 450; WM 1979, S. 530 und NJW 1973, S. 321).

Da die Beklagten nach außen erkennbar Mitglieder einer Sozietät waren und der Erstbeklagte sowie der Wirtschaftsprüfer O. die fragliche Bescheinigung der Umwandlungsbilanz im Namen der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatergemeinschaft unterzeichnet haben, sind Vertragsbeziehungen zwischen dem Kläger und allen Beklagten als Sozietätsmitglieder zustandegekommen (vgl. hierzu BGH DB 1982, S. 1452; BGH JZ 1993, S. 153).

Durch die Vorlage der mit der Bescheinigung vom 17. 5. 1989 versehenen Umwandlungsbilanz zum 31.12.1988 haben die Beklagten gegen ihre Sorgfalts- und Prüfungspflichten als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater verstoßen. **Sie haben damit die Gewähr übernommen, daß die Wertansätze in der Bilanz den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und insbesondere Aktiva nicht überbewertet und Passiva nicht unterbewertet worden sind.** Auch wenn die **Bescheinigung** nicht einem **Bestätigungsvermerk** über eine gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts bei Kapitalgesellschaften im Sinne der §§ 316 ff., 322 HGB gleichzusetzen ist, so ist **sie jedoch bereits dem Wortlaut nach aus der maßgeblichen Sicht des Klägers dahin zu verstehen, daß die Beklagten aufgrund eigener Überprüfungen für die Richtigkeit der Wertansätze einstehen wollten.** Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Beklagten selbst den Kläger noch mit Schreiben v. 27. 4. 1989 darauf hingewiesen hatten, daß die Umwandlungsbilanz als notwendige Anlage der Handelsregisteranmeldung zugleich die Funktion einer Wertnachweisunterlage zu erfüllen habe und deshalb mit einer Bescheinigung hinsichtlich der Richtigkeit der Wertansätze zu versehen sei. Die Bedeutung dieser Bescheinigung verstärkte sich noch dadurch, daß die Beklagten dem Kläger gegenüber das besondere Vertrauen in Anspruch nahmen, daß einem Wirtschaftsprüfer als Angehörigen des qualifiziertesten buch-sachverständigen Berufs im Rechtsverkehr entgegengebracht wird.

Die Umwandlungsbilanz war inhaltlich falsch, wie nicht streitig ist. Die Arbeitsgemeinschaft M./H. u. K. KG, an der die KG zur Hälfte beteiligt war, hatte keinen Gewinn in Höhe von 91.970,24 DM, sondern Verluste in Höhe von 270.767,84 DM erwirtschaftet. Die Bilanz der ARGE zum 31.12.1988 wies deshalb zu Unrecht einen Gewinnanteil der KG von 45.985,12 DM aus, der von den Beklagten in die Umwandlungsbilanz übernommen wurde. Die Verluste der ARGE blieben hingegen unberücksichtigt. Überdies wurde auch eine nicht zu realisierende Forderung der KG gegen die ARGE in Höhe von 183.248,10 DM fälschlicherweise in die Umwandlungsbilanz eingestellt.

Die Beklagten, die für schuldhafte Pflichtverletzungen des bei ihnen angestellten Wirtschaftsprüfers O. gemäß § 278 BGB einzustehen haben, haben bei der Aufstellung und Bescheinigung der Umwandlungsbilanz ihre Sorgfaltspflichten fahrlässig verletzt. Wirtschaftsprüfer, zu deren beruflicher Aufgabe es gehört, betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen, durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen, haben ihre Tätigkeiten eigenverantwortlich und gewissenhaft auszuüben (§§ 2 Abs. 1, 43 Abs. 1 der Wirtschaftsprüferverordnung v. 24. 7. 1961 in der Fassung der Bekanntmachung v. 5. 11. 1975, BGBl. I S. 2803). **Grundlage der Prüfungstätigkeit eines Wirtschaftsprüfers ist mithin zunächst die genaue Aufklärung des Sachverhalts. Dabei darf er sich bei der Erstellung einer Bilanz regelmäßig auf die Vständigkeit der Unterlagen und die Richtigkeit der Angaben von sachkundigen Mitarbeitern des von ihm geprüften Unternehmens verlassen. Ergeben sich jedoch aus den vorgelegten Unterlagen Zweifel an der Richtigkeit des Zahlenwerks der Buchführung und der Wertansätze, so hat er diesen nachzugehen** (siehe zur Haftung des Steuerberaters: Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., 1988, Rn. 143, 144 und 291; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl. 1987, Rn. 133 f.; OLG Hamburg, ZIP 1988, S. 1551; f; BGH NJW 1973, S. 321; WM 1975, S. 763 und DB 1984, S. 1138 = GI 11/84).

Diesen Verpflichtungen sind die Beklagten nicht hinreichend nachgekommen. Ihr Wirtschaftsprüfer O., der vor Ort die Buchführung der Firma H. u. K. KG prüfte, und dabei auch die Bilanz der Arbeitsgemeinschaft M./H. u. K. KG mit einzubeziehen hatte, konnte sich nicht darauf beschränken, die Bilanz lediglich anhand der vorhandenen Unterlagen zu prüfen und Fragen mit dem damaligen Buchhalter G. der KG zu erörtern. Denn **hätte auffallen müssen, daß die Bilanz nicht – wie § 245 HGB für den Jahresabschluß vorschreibt – von dem Mitgesellschafter M. der ARGE, sondern nur von dem Gesellschafter K. und dessen Steuerberater unterzeichnet war.** Angesichts dieses gravierenden Umstandes konnte O. sich auch nicht mit der Erklärung des insoweit nicht hinreichend kompetenten Buchhalters der KG zufrieden geben, der ihm gesagt haben soll, über die Garantierückstellung von 60.770,- DM hinausgehende Forderungen gegen die ARGE bestünden nicht, wie M. ihm – dem Buchhalter – versichert habe. Dies gilt auch dann, wenn das von der ARGE durchgeführte Objekt tatsächlich beendet und die Schlußrechnung erteilt war. Der Wirtschaftsprüfer O. **wäre vielmehr verpflichtet gewesen, darauf hinzuwirken, daß auch M. die Bilanz der ARGE unterzeichnet.** Zudem hätte O. unmittelbar Kontakt mit M. aufnehmen müssen, um sich die inhaltliche

Richtigkeit der Bilanz der ARGE von ihm bestätigen zu lassen und festzustellen, ob noch weitere Forderungen gegen die ARGE bestehen. Überdies bestand auch deshalb **besonderer Anlaß, die Angaben des Buchhalters zur Bilanz der Arbeitsgemeinschaft kritisch zu überprüfen, weil aus dem bei der KG geführten Konto der ARGE ersichtlich war, daß dieses im fraglichen Zeitraum noch nicht abgeschlossen war und zahlreiche Geschäftsvorfälle auch zu Lasten der ARGE aufwies.**

Diese unzureichenden Prüfungstätigkeiten des Wirtschaftsprüfers O. führten zur Erstellung der fehlerhaften Umwandlungsbilanz v. 17. 5. 1989 nebst unzutreffender Bewertungsbescheinigung.

Die Pflichtverletzungen der Beklagten waren ursächlich für den Erwerb der Firma H. und K. durch den Kläger und den ihm daraus entstandenen Schaden. Es steht fest, daß die Vorlage der fraglichen Umwandlungsbilanz **jedenfalls mitursächlich** für seine Entscheidung war, das Unternehmen zu dem im Vertrag v. 30. 6. 1989 vereinbarten Preis zu erwerben. Die Beklagten haben den ihnen obliegenden Beweis, daß der Schaden auch bei pflichtgemäßem Handeln eingetreten wäre (vgl. dazu: BGH NJW 1984, S. 1688 und NJW 1990, S. 2461, jeweils mit weiteren Nachweisen), nicht geführt. Ihre Behauptung, der Kläger sei bereits bei der ersten Kontaktaufnahme mit ihnen fest zum Erwerb des Unternehmens entschlossen gewesen, ist schon deshalb nicht erheblich, weil nicht ersichtlich ist, daß der Kläger die Firma H. u. K. zum selben Preis gekauft hätte, wenn er die ausstehenden Forderungen der Firma M. gegen die ARGE gekannt hätte. Angesichts der Kaufpreisregelungen in §§ 2 und 3 des Vertrages vom 30. 6. 1989 (monatlich 7.000,- DM; im Falle des vorzeitigen Versterbens des Verkäufers und seiner Ehefrau Zahlung von 600.000,- DM an deren Erben) lagen die Forderungen der Firma M. auch in einer Größenordnung, daß sie geeignet waren, die Höhe des Kaufpreises entscheidend zu beeinflussen. Dies gilt auch dann, wenn – wie die Beklagten im zweiten Rechtszug behaupten – der Kläger im Mai 1989 von einem Verlust der Firma H. u. K. seit Anfang 1989 in Höhe von mehr als 245.000,- DM ausgegangen ist.

An der **Ursächlichkeit** zwischen Vorlage der fehlerhaften Umwandlungsbilanz und Kaufentschluß des Klägers fehlt es auch nicht deshalb, weil er vor Vertragsschluß am 30. 6. 1989 von der Rechnung der Firma M. vom 21. 4. 1989 über 468.000,- DM erfahren hat, was den Schluß rechtfertigen könnte, daß er auch bei Vorlage einer ordnungsgemäßen Bilanz das Unternehmen zu denselben Bedingungen erworben hätte. Der Kläger hat entsprechende Kenntnisse in Abrede genommen. Die dazu auf Antrag der Beklagten vernommenen Zeugen G. und D. hatten keine konkrete Erinnerung an diese Rechnung und konnte vor allem nicht be-

kunden, daß der Kläger sie im fraglichen Zeitraum zur Kenntnis genommen hat. Insbesondere ist offen geblieben, ob die Rechnung auf einer Besprechung vom 24. 5. 1989 in Gegenwart des Klägers bei der Firma H. und K. erörtert worden ist.

Die Beklagten haben dem Kläger mithin die durch den Unternehmenskauf entstandenen Schäden zu ersetzen, wobei sich der Kläger jedoch ein anspruchsminderndes **hälftiges Mitverschulden** (§ 254 BGB) anzurechnen lassen hat. Grundsätzlich kann der Beratende sich zwar nicht darauf berufen, daß der Beratene seinem Rat ohne eigene Nachprüfung gefolgt ist, weil das Vertrauen des Beratenen besonderen Schutz verdient; denn durch die Hinzuziehung eines Sachkundigen hat er zu erkennen gegeben, daß er nicht über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügt und auf fremde Hilfe angewiesen ist (BGH NJW 1982, S. 1095; Palandt-Thomas, BGB, 52. Aufl. 1993, § 676 Rn. 9). Besondere, hier vorliegende Umstände begründen jedoch den Mitverschuldenseinwand. Wie der Kläger selbst im Senatstermin vom 16. 3. 1992 eingeräumt hat, war er entsprechend dem Rat der Beklagten sei Ende April 1989 in der Firma H. u. K. tätig, verfügte seit dem 1. 5. 1989 über Prokura und wurde später Geschäftsführer. **Diese schon vor der Unternehmensübernahme aufgenommene Tätigkeit diente mithin zu einem wesentlichen Teil auch dem Zweck, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens von innen heraus besser beurteilen zu können. Als künftiger Inhaber des Unternehmens war der Kläger daher über die wesentlichen geschäftlichen Belange unterrichtet;** die maßgeblichen unternehmerischen Entscheidungen wurden nicht ohne seine Beteiligung getroffen. Wie der Zeuge G. glaubwürdig ausgesagt hat, gingen kurze Zeit, nachdem der Kläger seine Tätigkeit aufgenommen hatte, sämtliche Papiere auch über dessen Schreibtisch.

Auch unter Berücksichtigung seiner **Ausbildung als Diplomkaufmann** hatte der Kläger mithin die Möglichkeit, sich ein umfassendes Bild über die finanzielle Situation der Firma zu verschaffen. Er hätte ebenso wie der Wirtschaftsprüfer O. die dort vorliegende, nicht von M. unterzeichnete Bilanz der ARGE vom 14. 4. 1989 einer kritischen Überprüfung unterziehen und wegen eventueller Forderungen der Firma M. gegen die ARGE Rückfrage halten müssen. Dazu bestand auch deshalb besonderer Anlaß, weil – wie der Kläger in seiner Berufungsbeantwortung vorträgt, ohne daß die Beklagten dem entgegengetreten sind – die Rechnung der Firma M. vom 21. 4. 1989 noch vor dem 17. 5. 1989 bei der Firma H. und K. eingegangen ist und auch der Kläger selbst sie hätte zur Kenntnis nehmen können. All dies hat der Kläger jedoch unterlassen und dadurch in grober Weise gegen die ihm in seinen eigenen Angelegenheit obliegenden

Sorgfaltspflichten verstoßen. Nach Abwägung aller Gesamtumstände hat dieses Mitverschulden nach Auffassung des Senats mit einem die Einstandspflicht der Beklagten um die Hälfte reduzierenden Gewicht zur Schadenentstehung beigetragen.

Die Beklagten haben nicht bewiesen, daß der Kläger ihnen gegenüber auf Regreßansprüche verzichtet hat. Eine schriftliche Verzichtserklärung liegt nicht vor. Ebenso wenig kann festgestellt werden, daß der Kläger fernmündlich gegenüber dem Erstbeklagten einen entsprechenden Verzicht erklärt hat. Durch die Aussage des Zeugen M., des früheren Zweitbeklagten, der angegeben hat, er sei Zeuge eines Telefonats zwischen dem Kläger und dem Erstbeklagten am 23. 2. 1990 gewesen, in dem der Kläger auf aus der Umwandlungsbilanz resultierende Regreßansprüche verzichtet habe, kann dieser Beweis nicht geführt werden. Zum einen hinterließ dieser **Zeuge**, der seinerzeit als angestellter Rechtsanwalt in der Sozietät der Beklagten tätig war und seit dem 1. 1. 1991 Sozios des Erstbeklagten ist, einen **stark interessengebundenen Eindruck**. Es erscheint auch wenig plausibel, daß sich die Beklagten mit einem bloßen mündlichen Verzicht des Klägers begnügten, obwohl sie ihn seit Anfang 1990 gedrängt hatten, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Denn wie der Zeuge M. bekundet hat, hat er den Zeugen J. der für die Beklagten in dem Unternehmen des Klägers als Steuerberater tätig war, Anfang Januar 1990 im Tagesrhythmus angerufen, um sich nach der Abgabe der schriftlichen Verzichtserklärung zu erkundigen. Der Kläger habe sich zur Erklärung eines solchen Verzichts jedoch nicht bereit gefunden. Vor allem spricht gegen einen mündlichen Verzicht der Umstand, daß dem Kläger noch am 27. 2. 1990 eine vorformulierte Verzichtserklärung vorgelegt wurde, obwohl er bereits am 23. 2. 1990 einen mündlichen Verzicht erklärt haben soll, wie den Angaben des Zeugen M. sowie dessen Vermerk über dieses Telefonat zu entnehmen ist. Nach den Erklärungen dieses Zeugen will er sich nach dem für ihn maßgebenden Telefonat zwischen Kläger und Erstbeklagten nicht mehr um eine schriftliche Erklärung bemüht haben. Die vorformulierte Verzichtserklärung vom 27. 2. 1990, die der Zeuge M. dem Zeugen J. am Telefon diktiert hat, ist – wie aus den Angaben des Zeugen J. zu schließen ist – am selben Tag niedergelegt worden. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der Zeuge J. den Text erst einige Tage später ausformuliert hat, nachdem er ihm am Telefon durchgegeben worden war; der Zeuge hat eine solche Annahme als Spekulation verworfen. Die Erklärung eines Regreßverzichts ist nach alledem zumindest offengeblieben.

Anwaltshaftung

- Belehrungspflichten bei eingeschränktem Mandat
 - Finanzgerichtsprozeß
 - Regreßanspruch gegen Steuerberater
- (BGH, Urt. v. 29. 4. 1993 – IX ZR 101/92)

Leitsätze:

- a) Der Anwalt ist auch dann verpflichtet, seinen Auftraggeber auf die drohende Verjährung von Ansprüchen gegen einen Dritten hinzuweisen, wenn sein Mandat nur die Vertretung in einem bestimmt Rechtsstreit umfaßt, für ihn jedoch ersichtlich ist, daß bei Verlust des Prozesses Ansprüche gegen einen Dritten in Betracht kommen, und der Auftraggeber insoweit nicht anderweitig beraten wird.
- b) Der Anwalt hat den Mandanten in diesem Falle rechtzeitig vor Ablauf der Primärverjährung des eventuellen Anspruchs gegen den Dritten zu belehren; er darf sich grundsätzlich nicht darauf verlassen, daß ein sogenannter Sekundäranspruch entsteht.
- c) Hat der Anwalt die zur Verjährung gebotene Belehrung unterlassen, trifft den Mandanten in aller Regel nicht schon deshalb ein Mitverschulden, weil er erst mehrere Monate nach Beendigung des Mandats anwaltlichen Rat zur Durchsetzung der Ansprüche gegen den Dritten eingeholt hat.

Tatbestand:

Die Klägerin betreibt eine Pferdezucht. Sie und ihr Ehemann, mit dem sie gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagt wurde, hatten mit der Fertigung der jährlichen Einkommensteuererklärungen den Steuerberater K. beauftragt.

Die Klägerin führte freiwillig Bücher über den von ihr unterhaltenen landwirtschaftlichen Betrieb. Der Steuerberater ermittelte im Wege des Betriebsvermögensvergleichs (§ 4 Abs. 1 EStG) für die Pferdezucht in den Jahren 1975 bis 1980 Verluste im Gesamtbetrag von über 300.000 DM, die in den für diese Jahre unter Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Einkommensteuerbescheiden berücksichtigt wurden.

Anfang des Jahres 1983 fand bei der Klägerin eine Betriebsprüfung statt, die mit der Schlußbesprechung am 27. Januar endete. Dabei stellte sich das Finanzamt auf den Standpunkt, der Steuerberater habe den für eine

Gewinnberücksichtigung nach Betriebsvermögensvergleich erforderlichen Antrag (§ 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG 1977) nicht gestellt; die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft seien daher gemäß § 13 a Abs. 2 bis 6 EStG nach Durchschnittssätzen zu ermitteln. Infolge dieser Berechnungsweise gelangte das Finanzamt zu folgenden Ergebnissen:

1975	2.569 DM Verlust,
1976	4.642 DM Verlust,
1977	4.617 DM Verlust,
1978	11.126 DM Verlust,
1979	30.661 DM Gewinn,
1980	31.110 DM Gewinn.

Demzufolge ergingen am 20. 5. 1983 zum Nachteil der Klägerin geänderte Feststellungsbescheide.

Nach erfolglosem Einspruchsverfahren beauftragte der Steuerberater den beklagten Rechtsanwalt, Klage beim Finanzgericht einzureichen. Der Beklagte nahm das Mandat an. Der Ehemann der Klägerin übersandte dem Beklagten deren unterzeichnete Vollmacht und wies darauf hin, daß die Mandatsbedingungen vom Steuerberater unterschrieben würden, weil die Kosten des Prozesses vereinbarungsgemäß zu dessen Lasten gingen. Weiter bat er darum, den Schriftverkehr mit dem Steuerberater zu führen und die Klägerin davon jeweils nachrichtlich zu unterrichten. Besprechungstermine wurden daher ebenfalls nur vom Steuerberater wahrgenommen.

Durch Urteil v. 12. 8. 1987 wies das Finanzgericht die Klage ab. Es bestätigte die Auffassung der Finanzverwaltung, daß die gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 EStG ermittelten Verluste nicht berücksichtigt werden könnten, weil es an einem fristgerechten schriftlichen Antrag nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG 1977 fehle. Die dagegen gerichtete Nichtzulassungsbeschwerde wurde durch Beschluß des Bundesfinanzhofs vom 6. 10. 1988 zurückgewiesen. Im August 1989 beauftragte die Klägerin einen Anwalt mit der Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen gegen den Steuerberater. Dieser berief sich auf Verjährung. Deshalb wurde er nicht gerichtlich in Anspruch genommen.

Die Klägerin, die sich eventuelle Ansprüche ihres Ehemannes hat abtreten lassen, ist der Ansicht, der Beklagte habe es schuldhaft versäumt, sie über die Verjährung der Ansprüche gegen den Steuerberater zu belehren und Maßnahmen zur Unterbrechung der Verjährung zu ergreifen. Ihre auf Ersatz daraus entstandener Nachteile von 234.531,93 DM gerichtete Klage hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Der Senat hat die Revision nur in Höhe von 32.000 DM nebst Zinsen angenommen.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt in diesem Umfang zur Aufhebung und Zurückverweisung.

I.

Das Berufungsgericht geht davon aus, daß der Beklagte die ihm der Klägerin gegenüber obliegenden Beratungspflichten verletzt habe. Trotz des auf die Prozeßführung beschränkten Mandats hätte der Beklagte die Klägerin über die Verjährung der Ansprüche gegen ihren Steuerberater belehren müssen, weil ein erfolgreicher Ausgang des finanzgerichtlichen Verfahrens nicht gewährleistet gewesen sei.

Der Beratungsfehler sei indessen für den geltend gemachten Schaden nicht kausal geworden. Die Klägerin habe nicht nachgewiesen, daß sie die Pferdezucht als Gewerbebetrieb führe. Nach den Umständen des Falles sei anzunehmen, daß sie nicht die Absicht habe, Gewinne zu erzielen. Bei der Pferdezucht handele es sich daher um Liebhaberei.

II.

Diese Erwägungen tragen in dem Umfang, in dem der Senat die Sache zur Entscheidung angenommen hat, die Klageabweisung nicht.

1. Das Berufungsgericht geht zutreffend davon aus, daß der Anwaltsvertrag zwischen den Parteien zustande gekommen ist. Dies wird auch von der Revisionserwiderung nicht mehr in Frage gestellt.
2. Der Beklagte hat die Klägerin nicht über die Verjährung der Ersatzansprüche gegen ihren Steuerberater belehrt. Darin ist mit dem Berufungsgericht eine Verletzung der aus dem Mandatsverhältnis resultierenden Beratungspflichten zu sehen.
 - a) Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hat der Anwalt die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung wahrzunehmen. Welche konkreten Pflichten aus dem erhaltenen Auftrag abzuleiten sind, richtet sich dabei nach dessen Umfang und den jeweiligen Umständen des Einzelfalles (Senatsurt. v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, GI 88, 16 = NJW 1988, 1079, 1080; v. 6. 2. 1992 – IX ZR 95/91, GI 92, 115 = WM 1992, 742, 743 m.w.N.). Im Streitfall hatte der Beklagte nicht einen umfassenden Beratungsauftrag erhalten. **Ihm war lediglich die Führung des Rechtsstreits vor dem Finanzgericht übertragen worden.** Aus dem Schreiben des Ehemannes der Klägerin vom 19. 9. 1983 ergab sich deutlich, daß die Klägerin eine persönliche

vollständige Beratung in dieser Angelegenheit nicht wünschte. Der Beklagte war zudem auf die Bereitschaft des Steuerberaters, die Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens zu übernehmen, hingewiesen worden. Daraus konnte der Beklagte entnehmen, daß die Klägerin im Falle eines für sie ungünstigen Ausgangs des Rechtsstreits vor dem Finanzgericht ihren Steuerberater regreßpflichtig machen wollte und sich über dessen Pflichtwidrigkeit bereits im Klaren war. Infolgedessen durfte der Beklagte im Grundsatz seine Tätigkeit auf die Prozeßführung beschränken und sich damit begnügen, den Verkehr mit der Partei über deren Steuerberater zu führen.

- b) **Auch bei einem in solcher Weise eingeschränkten Mandat darf der Rechtsanwalt indes die ihm übertragene Prozeßführung nicht völlig isoliert von den übrigen Interessen des Auftraggebers sehen.** Vielmehr hat er die mit dem Rechtsstreit unmittelbar zusammenhängenden rechtlichen und wirtschaftlichen Belange seiner Partei mitzuberücksichtigen und darauf zu achten, daß ihr insoweit nicht durch ein Versäumnis während des Prozesses Nachteile entstehen. Das gilt besonders für Ansprüche, die gegen Dritte – selbständig oder bei ungünstigem Ausgang des Rechtsstreits – in Betracht kommen (vgl. BGH, Urt. v. 13. 7. 1971 – VI ZR 140/70, VersR 1971, 1119, 1120; Borgmann/Haug, *Anwaltshaftung* 2. Aufl. S. 102; Vollkommer, *Anwaltshaftungsrecht* Rdnr. 6, 174). Auch dann, wenn sich das Mandat auf die Verfolgung des Anspruchs gegen eine bestimmte Partei beschränkt, bei negativem Ausgang der Klage aber die Ersatzpflicht eines Dritten in Rede steht, gehört es zum Auftrag des Anwalts zu prüfen, ob insoweit Verjährung droht, und gegebenenfalls darüber zu belehren, welche Maßnahmen zur Vermeidung rechtlicher Nachteile erforderlich sind (vgl. BGH, Urt. v. 13. 7. 1971, aaO S. 1121; v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92 z.V.b.).

Der Beklagte durfte infolgedessen nicht die Augen davor verschließen, welche Gefahren der Klägerin bei einer langen Prozeßdauer für die Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen den Steuerberater drohen konnten. Im Zivilprozeß bietet sich bei vergleichbarer Sachlage als nahe-
liegender Weg zur Wahrung der Rechte des Mandanten die Streitverkündung (§ 72 ZPO) an, weil sie – abgesehen von der Interventionswirkung – zur Unterbrechung der Verjährung führt (§ 209 Abs. 2 Nr. 4 BGB). **Das finanzgerichtliche Verfahren dagegen kennt nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs keine Streitverkündung** (BFHE 98, 553; Tipke/Kruse, *AO/FGO* 14. Aufl. § 59 FGO Rdnr. 1). Dieser Umstand hatte auf die dem Beklagten obliegende Sorgfalt indessen keinen Einfluß. Dieser wäre vielmehr gehalten gewesen, der Klägerin andere zur Vermeidung des Eintritts der Verjährung geeignete Wege aufzuzeigen.

- c) Der Beklagte hatte aufgrund des Anwaltsvertrages den sichersten Weg zur Wahrung der Rechte der Klägerin zu wählen und sie daher schon rechtzeitig vor Ablauf der Primärverjährung nach § 68 StBerG über die der Durchsetzung der Ansprüche gegen den Steuerberater drohende Gefährdung umfassend zu belehren. Ob ein Sekundäranspruch gegen den Steuerberater entstand, konnte er aufgrund seines Informationsstandes damals nicht sicher überblicken. Er durfte sich deshalb darauf nicht verlassen, daß die Klägerin den Steuerberater auch nach Ablauf der Primärverjährung noch mit Erfolg werde in Anspruch nehmen können.

Nach der damals geltenden höchstrichterlichen Rechtsprechung entstand der Ersatzanspruch gegen den Steuerberater, wenn die dem Steuerpflichtigen nachteilige Steuerfestsetzung auf einer Betriebsprüfung beruhte, mit der Schlußbesprechung (BGHZ 73, 363; BGH, Urt.v. 14. 7. 1982 – IV a ZR 10/81, VersR 1982, 1053), im Streitfall also am 27.1.1983. Diese Auffassung hat der erkennende Senat allerdings inzwischen aufgegeben. Nach seiner nunmehr ständigen Rechtsprechung beginnt die Verjährung dieser Ansprüche frühestens mit dem Zugang der aufgrund der Betriebsprüfung erlassenen Bescheide (vgl. Senatsurt.v. 2. 7. 1992 – IX ZR 268/91, GI 92, 311 = NJW 1992, 2766, z.V. in BGHZ 119, 69 bestimmt; v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1141; v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92, GI 93, 187 = NJW 1993, 1137). **Da der Rechtsanwalt die geschuldete Beratung jedoch grundsätzlich an der zum Zeitpunkt seiner Inanspruchnahme maßgeblichen höchstrichterlichen Rechtsprechung auszurichten hat, wäre der Beklagte verpflichtet gewesen, die Klägerin so frühzeitig zu belehren, daß sie in der Lage gewesen wäre, die zur Vermeidung des Eintritts der Primärverjährung erforderlichen Vorkehrungen bereits vor d. 28. 1. 1986 zu treffen.** Als der Beklagte dies versäumt hatte, hätte er die Klägerin zudem auf die Voraussetzungen eines Sekundäranspruchs gegen den Steuerberater und dessen Verjährung hinweisen müssen.

- d) Daß ein Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater in Betracht kam, lag für den Beklagten auf der Hand. Der Steuerberater hatte keinen förmlichen Antrag nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG a.F. gestellt. Aus diesem Grunde hatte das Finanzamt die Besteuerung nach den für die Klägerin ungünstigen Pauschalsätzen des § 13 a Abs. 3 bis 6 EStG vorgenommen. Im finanzgerichtlichen Verfahren machte die Klägerin geltend, ein Schreiben des Steuerberaters vom 2. 9. 1977 sei als entsprechender Antrag auszulegen oder in einen solchen umzudeuten. Ob dies rechtlich möglich war oder es zwingend eines förmlichen Antrags bedurfte, wurde damals in der Praxis unterschiedlich beurteilt.

Die Frage war höchstrichterlich noch nicht geklärt. **Schon bei Klageerhebung war daher ersichtlich, daß im Falle eines für die Klägerin ungünstigen Ausgangs des Rechtsstreits der Steuerberater in Anspruch genommen werden konnte**, weil er es versäumt hatte, den zur Wahrung der Interessen der Klägerin gebotenen sichersten Weg zu gehen, also einen förmlichen Antrag nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG a.F. einzureichen.

3. Das pflichtwidrige Verhalten des Beklagten hatte zur Folge, daß die Ansprüche gegen den Steuerberater verjährt sind.

a) Beginn die Verjährung mit Zugang der Steuerbescheide v. 20. 5. 1983, war sie spätestens Ende Mai 1986 abgelaufen. Der Sekundäranspruch, der deshalb in Betracht kam, weil der Steuerberater die Klägerin während seines bis zum Ende des finanzgerichtlichen Verfahrens andauernden Mandats nicht über den von ihm begangenen Fehler und die Verjährungsvorschrift des § 68 StBerG belehrt hat, obwohl er dazu aufgrund der Steuerbescheide Veranlassung hatte (vgl. BGHZ 83, 17; 114, 150, 157 = GI 91, 17), war ab Ende Mai 1989 nicht mehr durchsetzbar.

Der Senat hat bisher lediglich entschieden, daß der Schaden frühestens mit Zugang des Steuerbescheids eintritt, und offengelassen, ob die Verjährung in Wirklichkeit erst mit dessen Bestandskraft – hier also gemäß § 115 Abs. 5 Satz 3 FGO mit Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde durch Beschluß des Bundesfinanzhofs vom 6.10.1988 (vgl. GmS-OGB NJW 1984, 1027) – beginnt. Die Frage bedarf auch hier keiner Entscheidung; denn selbst wenn man letzteres annähme, war die Primärverjährung im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht abgelaufen. Ein Sekundäranspruch gegen den Steuerberater scheidet in diesem Falle aus, weil die Klägerin im Jahre 1989 einen anderen Anwalt mit der Prüfung und Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen den Steuerberater betraut hat; damit entfiel dessen Verpflichtung, über die Regreßmöglichkeit zu belehren (vgl. Senatsurt. v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91, GI 1992, 71 = NJW 1992, 836 m.w.N.).

- b) Der Beklagte kann der Klägerin auch nicht entgegenhalten, daß – geht man von einem Schadeneintritt erst ab Bestandskraft des Steuerbescheides aus – der Steuerberater noch im Jahre 1989 mit Aussicht auf Erfolg hätte in Anspruch genommen werden können; denn dies war für den Anwalt, der die Klägerin damals vertreten hat, nicht erkennbar.

Bis zum Senatsurteil v. 2. 7. 1992 aaO mußte die Praxis aufgrund der bis dahin geltenden Rechtsprechung davon ausgehen, daß die Verjährung bei einer Betriebsprüfung, die zur Nacherhebung von Steuern führt, mit der Schlußbesprechung beginnt (vgl. BGHZ 73, 363; 114, 150, 155 = Gl 91, 171). Infolgedessen durfte der neue Anwalt der Klägerin damals damit rechnen, eine Klage gegen den Steuerberater werde mit Sicherheit wegen Verjährung abgewiesen und sei daher aussichtslos. Das Versäumnis des Beklagten, die Klägerin rechtzeitig auf der Grundlage der seinerzeitigen höchstrichterlichen Rechtsprechung über die Verjährung ihrer Ansprüche gegen den Steuerberater zu belehren, hatte daher zumindest zur Folge, daß der im Jahre 1989 eingeschaltete Anwalt aus seiner Sicht verständlich und ohne Verschulden davon abgeraten hat, gegen den Steuerberater gerichtlich vorzugehen. Infolgedessen wäre es selbst dann gerechtfertigt, die Tatsache, daß der Steuerberater nicht mehr auf Leistung von Schadenersatz verklagt wurde, der schuldhaften Pflichtwidrigkeit des Beklagten zuzurechnen, wenn der Senat heute annehmen würde, die Ansprüche gegen den Steuerberater seien im August 1989 noch nicht verjährt gewesen.

4. Der Klägerin ist durch den Fehler des Beklagten ein Schaden entstanden; denn gegen den Steuerberater waren Schadenersatzansprüche wegen der Unterlassung eines förmlichen Antrags nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG begründet.

Soweit die Klägerin ihre Ansprüche darauf stützt, ihr sei durch den Fehler des Steuerberaters die Berücksichtigung der in der Pferdezucht erzielten Verluste unmöglich gemacht worden, hat der Senat die Revision allerdings nicht angenommen. Ein solcher Schaden setzt voraus, daß die Pferdezucht als Gewerbebetrieb in Gewinnerzielungsabsicht geführt wurde (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 2 EStG). Das diese Voraussetzung verneinende Urteil des Berufungsgerichts hatte insoweit Bestand. Die Revision rügt jedoch zu Recht, die Klägerin sei durch das vom Steuerberater zu vertretende Versäumnis auch dann – allerdings in weit geringerem Umfang – geschädigt worden, wenn die Pferdezucht als Liebhaberei anzusehen sei.

a) Hat der Steuerpflichtige keinen Antrag nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG 1977 gestellt, erfolgt die Besteuerung des landwirtschaftlichen Betriebes in jedem Falle nach den Pauschalsätzen der Abs. 3 bis 6, unabhängig davon, ob im Falle der Antragstellung ein Gewerbebetrieb oder Liebhaberei anzunehmen wäre (BFHE 147, 352, 356; 155, 344). Bei einer Liebhaberei können weder steuerpflichtige Gewinne noch steuermindernde Verluste geltend gemacht werden. Daher hätte

die Betriebsprüfung – wäre ein Antrag nach § 13 a Abs. 1 Satz 2 EStG gestellt worden – weder einen Gesamtgewinn von 61.771 DM für die Jahre 1979 bis 1980 noch einen Verlust von insgesamt 22.954 DM für die Jahre 1975 bis 1978 feststellen können. Folglich wurden die Klägerin und ihr Ehemann insoweit geschädigt, als sie infolge des fehlenden Antrags für den Zeitraum 1975 bis 1980 insgesamt einen um 38.817 DM höheren Gewinn versteuern mußten.

b) Die Revisionserwiderung wendet demgegenüber ein, einen solchen Schaden habe die Klägerin in den Tatsacheninstanzen nicht geltend gemacht. Daran ist richtig, daß die Klägerin ihren Anspruch ausschließlich auf der Grundlage, daß es sich bei der Pferdezucht um einen Gewerbebetrieb handele, berechnet hat. Gleichwohl enthält die Revision entgegen der Meinung des Beklagten insoweit **kein neues Vorbringen; denn Ziel der Klage war von Anfang an die Beseitigung des sowohl durch die Nichtberücksichtigung der Verluste als auch durch die Berechnung der Gewinne für die Klägerin entstandenen Nachteils.** Dieser ergab sich nach dem Klagevorbringen hinsichtlich der Gewinne ohne weiteres schon aus Rechtsgründen (§ 13 a EStG a. F.). Der Anspruch, um den es nunmehr allein geht, stellt folglich ein Minus gegenüber dem Klagebegehren dar und stützt auf einen Sachverhalt, der vom Tatrichter bereits gewürdigt worden ist (vgl. BGH, Urt. v. 28. 9. 1989 – IX ZR 180/88, BGHR ZPO § 561 Abs. 1 Antragsänderung 1).

c) Allerdings reicht das Tatsachenvorbringen der Klägerin nicht aus, um diesen Schaden zu berechnen. Das kann ihr indes nicht zum Nachteil gereichen. Eine nachvollziehbare Schadendarlegung fehlt ersichtlich deshalb, weil die Prozeßbevollmächtigten der Klägerin in den Tatsacheninstanzen den sich auch bei Annahme einer Liebhaberei ergebenden Anspruch nicht erkannt hatten. Das Berufungsgericht hätte daher gemäß §§ 139, 278 Abs. 3 ZPO insoweit einen Hinweis geben müssen. Das ist nur deshalb unterblieben, weil auch das Berufungsgericht die Rechtslage in diesem Punkt nicht erfaßt hat. Der Klägerin muß daher Gelegenheit zu ergänzendem Tatsachenvorbringen gegeben werden.

5. Die Klägerin trifft kein Mitverschulden (§ 254 Abs. 1 BGB) an der Entstehung des Schadens.

Der Umstand, daß sie erst im August 1989 – mehr als neun Monate nach Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens – einen Anwalt mit der Wahrung ihrer Interessen gegenüber dem Steuerberater beauftragt hat, begründet nicht den Vorwurf schuldhaften Zögerns. **Nach**

ständiger Rechtsprechung ist dem Auftraggeber in aller Regel nicht schon deshalb ein Mitverschulden anzurechnen, weil er eine Gefahrenlage, zu deren Vermeidung er einen Fachmann hinzugezogen hat, bei genügender Sorgfalt selbst hätte erkennen und abwenden können (BGH, Urt.v. 12. 3. 1986 – IVa ZR 183/84, GI 86, 73 = WM 1986, 675, 677; v. 17. 10. 1991 – IX ZR 255/90, GI 92, 59 = NJW 1992, 307, 309). Wie der Senat bereits entschieden hat, kann bei einem uneingeschränkten Beratungsvertrag der Anwalt, der infolge mangelhafter Beratung Rechtsverluste wegen Verjährung zu vertreten hat, grundsätzlich nicht einmal dem rechtskundigen Mandanten entgegenhalten, dieser sei in der Lage gewesen, die Frist selbst unter Kontrolle zu halten (Urt.v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91, GI 92, 259 = NJW 1992, 820). Im Streitfall hatte der Beklagte trotz des auf das finanzgerichtliche Verfahren beschränkten Mandats über die Verjährung die Ansprüche gegen den Steuerberater zu belehren, weil die Klägerin infolge ihrer Rechtsunkenntnis insoweit eine entsprechende Aufklärung benötigte. Die Klägerin durfte daher noch im Zeitpunkt der Beendigung des dem Beklagten erteilten Mandats darauf vertrauen, dieser werde ihr einen entsprechenden Hinweis geben, wenn alsbald Maßnahmen zur Wahrung ihrer Rechte gegen den Steuerberater erforderlich seien. Infolgedessen ist allein darin, daß sie die genannte Zeitspanne zugewartet hat, ehe sie anwaltlichen Rat wegen der Pflichtverletzung des Steuerberaters in Anspruch nahm, noch kein schuldhafter Verstoß gegen die eigenen Interessen zu sehen.

Anlageberatung

- Verjährung
 - Wissenszurechnung des Rechtsanwaltes
- (LG Frankfurt, Urt.v. 25. 3. 1992 – 2/21 O 233/91)

Leitsätze:

1. Zu den Voraussetzungen des Eintritts der Verjährung von deliktischen Ansprüchen bei Anlageberatung.
2. Zu den Grundsätzen der Wissenszurechnung im Verhältnis zwischen Mandant und Prozeßbevollmächtigten.

Aus den Gründen:

Die Klage ist bezüglich der Hauptforderung auch gegen die Beklagten zu 1) und 3) unter dem Gesichtspunkt der unerlaubten Handlung (§§ 823 Abs. 2 BGB i.V. m. §§ 263, 25 bzw. 27 Abs. 1 StGB, 830 BGB) begründet. Die Beklagten zu 1) und 3) haben im gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit anderen den Kläger in betrügerischer Weise geschädigt bzw. dazu Beihilfe geleistet. Dies ist in den Strafurteilen der 28. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main rechtskräftig festgestellt.

Die Beklagten zu 1) und 3) haben nicht bestritten, daß sie wegen der mit dem Kläger getätigten Geschäfte bereits rechtskräftig verurteilt worden sind. Ihre Einwände gegen das Bestehen der materiellen Voraussetzungen des § 823 Abs. 2 BGB i.V. m. §§ 263, 25 bzw. 27 Abs. 1 StGB, 830 BGB können daher keine Berücksichtigung finden.

Grundsätzlich ist zwar mit den Beklagten davon auszugehen, daß die Feststellungen in den gegen sie ergangenen **Strafurteilen keine Bindungswirkung** für das Zivilverfahren haben. Es ist aber dem Kläger nicht verwehrt, unter Bezug auf das vorliegende Strafurteil die darin enthaltenen Feststellungen als eigenen **Sachvortrag im Zivilverfahren** vorzutragen. Soweit sich dieser Sachvortrag auf Vorgänge bezieht, die in den eigenen Wahrnehmungsbereich der Beklagten fallen, können sie sich gemäß § 138 Abs. 4 ZPO nicht auf pauschales Bestreiten beschränken, indem sie schlicht ihren verantwortlichen Tatbeitrag in Abrede stellen (LG München I, Urte.v. 26. 7. 1988, 23 O 1343/88; OLG Frankfurt/Main, Urte.v. 29. 6. 1989, 16 U 78/88). Vielmehr müssen sie substantiiert unter Beweisantritt darlegen, daß es sich bei diesen Urteilen um Fehlurteile handelt und die Aussagen von Zeugen und Mitangeklagten im Strafverfahren unrichtig sind (BGH VersR 1970, 322). An einem solchen substantiierten Vortrag fehlt es im vorliegenden Fall. Allein der Umstand, daß das Strafurteil auf informellen Absprachen beruht, ist kein Gesichtspunkt, der die inhaltliche Richtigkeit eines Strafurteils in Frage stellen kann. Die Beklagten hätten es insoweit in der Hand gehabt, für ihre Unschuld im Strafverfahren zu streiten. Statt dessen haben sie unstreitig Geständnisse abgelegt, wobei darauf hinzuweisen bleibt, daß auch der von den Beklagten angegebene Grund, weshalb sie diesen Schritt gemacht haben, alles andere als überzeugend ist. Vielmehr ist der Grund für die Geständnisse primär darin zu erblicken, zu einem für sie günstigen Strafmaß zu kommen.

Vor diesem Hintergrund haben die Beklagten zu 1) und 3) in dieser Instanz nichts vorgetragen, was die Feststellungen der Strafkammer zu ihrem Tatbeitrag entkräften könnte. Aus den rechtskräftigen Strafurteilen ergibt sich, daß die dortigen Feststellungen auf den Geständnissen der Beklagten zu

1) und 3) wie auch jenen der anderen Mitangeklagten beruhen. Daß diese Geständnisse so abgegeben wurden, ist nicht in Abrede gestellt worden. Insoweit reicht das schlichte Bestreiten des verantwortlichen eigenen Tatbeitrages durch die Beklagten zu 1) und 3) nicht aus. Dieses steht ebenso unsubstantiiert im Raum, wie etwa der Gesichtspunkt, daß Kundengelder sehr wohl vertragsgemäß an der Börse angelegt worden seien. Auch insoweit wäre von Beklagtenseite detailliert darzulegen gewesen, welche Verwendung gerade das vom Kläger eingezahlte Geld im Geschäftsbereich der Firma gefunden hat, in welcher Form es wirklich an einer Börse angelegt worden ist und welches Ergebnis diese spekulative Anlage zeitigte.

Schließlich ist auch nicht erforderlich, daß die Beklagten selbst bei der Geschäftsanbahnung mit dem Kläger in Kontakt getreten sind. Da Handlungen der Beklagten sich insgesamt auf die Aufrechterhaltung des gesamten Geschäftsbetriebes der Firma bezogen und damit dem fortgesetzten Anlagebetrug dienten und die Einzahlung des Klägers in den Tatzeitraum fällt, für den die Beklagten zu 1) und 3) nach den Feststellungen der Strafurteile strafrechtlich verantwortlich sind, haften sie gemäß § 830 BGB auch für den durch Mittäter bzw. Gehilfen verursachten Schaden.

Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten zu 1) und 3) sind auch nicht **verjährt**. Hinsichtlich des Beklagten zu 1) fehlt es bereits an dem erforderlichen **Kenntnisstand des Klägers i. S. des § 852 Abs. 1 BGB**. Der Kläger weist insoweit zutreffend in Übereinstimmung mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung (st. Rspr. des 16. Zivilsenats des OLG Frankfurt/Main, vgl. statt aller sein Urt. v. 9. 2. 1989, 16 U 121/88; BGH, Urt. v. 10. 4. 1990 = WM 1990, 971) darauf hin, **daß weder der Verlust seines Geldes noch die Rückzahlung eines Teils seines Geldes im Rahmen des Konkursverfahrens, noch die Anhörung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft ihm die Kenntnis der Tatsachen verschafft haben, welche bei schwer durchschaubaren Wirtschaftsdelikten für eine Klagebegründung mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg notwendig sind**. Denn keines der genannten Ereignisse klärte den Kläger darüber auf, ob er, wie er und von wem er betrogen worden war.

Auch der Umstand, daß der Prozeßbevollmächtigte des Klägers Kenntnis von der Verurteilung der Hauptverantwortlichen der Firma am 28. 6. 1985 durch die 28. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main hatte, wie auch der Umstand, daß ihm vor dem 15. 1. 1987 die unter dem 9. 5. 1986 gefertigte Anklageschrift gegen weitere Mitarbeiter der Firma bekannt war, wie aus der Strafakte folgt, begründet nicht den zum Durchgreifen der Verjährung notwendigen Kenntnisstand i. S. des § 852 Abs. 1 BGB. Auch insoweit weist der Kläger zutreffend darauf hin, daß er alle die für

eine Klageerhebung erforderlichen Tatsachen hätte kennen müssen. Dazu gehört auch die Kenntnis von dem Tatbeitrag und der Verantwortlichkeit des Beklagten zu 1) innerhalb eines bestimmten, für den Kläger relevanten Zeitraums. **Diese Kenntnis vermittelt die vorgenannten Strafverfahren, die sich gegen andere Personen richtete, gerade nicht.**

Ebenfalls ergeben die beigezogenen Akten nicht, daß Rechtsanwalt R. vor über drei Jahren seit Klageeinreichung Kenntnis von der Anklageschrift gegen den Beklagten zu 1) hatte. In dieser Strafakte befindet sich lediglich ein Schriftsatz des Rechtsanwalts vom 29. 6. 1990, in welchem er um Übersendung der Anklageschrift und des Urteils bat. Diese wurden ausweislich eines Aktenvermerks von ihm am 31. 5. 1990 an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben. Insoweit fehlt es an einer ausreichenden Kenntnis des Prozeßbevollmächtigten von dem Schaden und der Person des Schädigers, die dem Kläger zugerechnet werden kann.

Soweit der Beklagte zu 1) schließlich behaupten will, daß der Kläger schon 1987 gewußt habe, daß gegen ihn dringender Tatverdacht wegen Betruges u. a. zu seinem Nachteil bestanden habe und er alle Einzelheiten der Ermittlungserkenntnis und der in den Strafprozessen getroffenen Feststellungen gehabt habe, basiert der Vortrag auf bloßen Vermutungen bzw. ist unsubstantiiert.

Die Beklagte zu 3) erhebt ebenfalls ohne Erfolg die Einrede der Verjährung. Zwar besaß deren Rechtsanwalt den nach § 852 Abs. 1 BGB erforderlichen Kenntnisstand. Aus der beigezogenen Akte der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main folgt, daß der Rechtsanwalt bereits vor dem 15. 1. 1987 Kenntnis von der Anklageschrift gegen die Beklagte zu 3) hatte. In dem in der Strafakte befindlichen Schriftsatz des Rechtsanwalts vom 15. 1. 1987 bestätigt dieser gegenüber der 28. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main den Erhalt der Anklageschrift und fragt nach dem Termin der Hauptverhandlung nach. Die entsprechende Terminsnachricht ist ausweislich des in der Akte befindlichen Erledigungsvermerks am 19. 1. 1987 an ihn abgesandt worden. Die detaillierte Anklageschrift vermittelt zwar den nach § 852 Abs. 1 BGB erforderlichen Kenntnisstand. Dieser kann indessen dem Kläger aber erst ab dem 3. 10. 1988 zugerechnet werden. Aus der beigezogenen Akte der Kammer ergibt sich, daß der Kläger den Rechtsanwalt jedenfalls am 3. 10. 1988 mandatiert hat. Unter diesem Datum hat der Rechtsanwalt u. a. für den Kläger eine Klageschrift wegen Schadenersatzansprüchen aus den gegenständlichen Anlagegeschäften gegen einen der Hauptverantwortlichen der Firma gefertigt. Ob der Kläger den Rechtsanwalt vor dem 3. 10. 1988 mandatiert hat bzw. zu welchem Zeitpunkt dies genau der Fall war, kann die Kammer auf der Grundlage des bisherigen Sach- und

Streitstandes nicht feststellen, so daß hinsichtlich der Mandatierung von dem genannten Datum auszugehen war.

Dem Kläger kann aber lediglich das Wissen seines Prozeßbevollmächtigten ab dem Zeitpunkt von dessen Beauftragung zugerechnet werden. Der Kläger erlangt die Kenntnis i. S. des § 852 Abs. 1 BGB – sofern er sie nicht selbst schon vorher hatte – über seinen Prozeßbevollmächtigten erst ab dem Zeitpunkt der Mandatierung. Ab diesem Zeitpunkt beginnt die Verjährungsfrist zu laufen. Eine andere Sichtweise würde erkennbar dem Sinn und Zweck der Wissenszurechnung zuwiderlaufen, da die Mandatierung das für die Zurechnung des Wissens entscheidende Kriterium darstellt. Würde man auf dieses Element verzichten, so könnte einem Kläger, der erst vor kurzem Kenntnis von dem Schaden und der Person des Schuldigers erlangt hat, mit Erfolg die Verjährung entgegengehalten werden, wenn er unverzüglich nach Kenntniserlangung einen Rechtsanwalt beauftragt, der jedoch schon vorher von dem Tatgeschehen in vollem Umfang unterrichtet war, ein ersichtlich absurdes Ergebnis, das nur dadurch umgangen werden kann, wenn auf die Kenntnis des Klägers bzw. auf den Zeitpunkt der Mandatierung – denn in diesem Fall erlangt ein noch nicht vollständig unterrichteter Kläger über seinen Prozeßbevollmächtigten die notwendige Kenntnis – abgestellt wird. Damit ist aber die vorliegende Klage, die am 15. 2. 1991 bei Gericht eingegangen ist, vor Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist erhoben worden, so daß die Einrede der Verjährung nicht durchgreifen kann.

Soweit die Beklagte zu 3) vor diesem Hintergrund schließlich weitergehend behaupten will, daß der Kläger selbst schon 1987 gewußt habe, daß gegen sie dringender Tatverdacht wegen Betruges u. a. zu seinem Nachteil bestanden habe und er alle Einzelheiten der Ermittlungserkenntnis und der in den Strafprozessen getroffenen Feststellungen gehabt habe bzw. der Kläger den Rechtsanwalt schon 1987 mandatiert habe, basiert der Vortrag auf bloßen Vermutungen bzw. ist unsubstantiiert. Insoweit fehlt es an konkreten Tatsachenbehauptungen. Eine Parteivernehmung des Klägers und eine Vernehmung seines Prozeßbevollmächtigten liefe auch hier auf einen unzulässigen Ausforschungsbeweis hinaus.

Der geltend gemachte Zinsanspruch ist nach § 849 BGB sachlich gerechtfertigt. Ein **Anlageverlust von 7%** kann nach § 287 ZPO im Wege der Schätzung angenommen werden.

Verschwiegenheitspflicht

- Unregelmäßigkeiten des Mandanten
 - Schutzpflichten gegenüber Dritten
- (LG Wiesbaden, Urt.v. 3. 2. 1989 – 9 O 496/87 – n. rkr.)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Verschwiegenheitspflicht des Steuerberaters berechtigte diesen nicht, Unregelmäßigkeiten des Mandanten gegenüber Dritten zu offenbaren.
2. Werden durch Unregelmäßigkeiten des Mandanten schutzbedürftige Dritte geschädigt, hat der Steuerberater das Mandat niederzulegen.
3. Die Verschwiegenheitspflicht verbietet es dem Steuerberater den schutzbedürftigen Dritten die Gründe der Mandatsniederlegung darzulegen. Der Hinweis, diese könnten beim Mandanten erfragt werden, genüge seiner Berufspflicht.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger beteiligte sich im Juli 84, wie er behauptet, an der „A. Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ mit dem Sitz in N. mit einer Kapitaleinlage von 60.000,- DM.

Die genannte Gesellschaft (im folgenden GBR genannt) wurde von einer Firma R. Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH mit Sitz in N. (im folgenden R. genannt) ins Leben gerufen, deren Geschäftsführer W. B. war. Nach dem Gesellschaftsvertrag der GBR vom 7. 6. 1984 war die Firma R. beauftragt, die Vermögensverwaltung der GBR durchzuführen. W. B. wurde später auch persönlich Mitglied und Geschäftsführer der GBR. Seine Aufgabe war es, mit den angelegten Geldern am amerikanischen Wertpapiermarkt zu handeln und Gewinne zu erzielen. Zu diesem Zwecke wurden von den Anlegern in der GBR angelegte Gelder auf Sammelkonten bei dem Brokerhaus D. in F. angelegt und über dieses Brokerhaus die entsprechenden Geschäfte getätigt. Gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages der GBR sollte die Verwendung der Einlagen von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe überprüft werden, der auch stichtagsmäßige Bewertungen vornehmen und die Erträge errechnen sollte, die periodenmäßig den Gesellschafterkonten zugeschrieben werden. Jeder Gesellschafter sollte danach monatlich den auf dieser Grundlage fortgeschriebenen Überblick seines Kapitalkontos erhalten. Mit

dieser zuletzt genannten Aufgabe wurde unstreitig der Beklagte von dem Geschäftsführer der GBR W. B. Mitte 1982 beauftragt. Beide kannten sich schon aus einem früheren Arbeitsverhältnis bei einer Firma E. in N.

Zur Ermittlung der Ergebnisse erhielt der Beklagte von W. B. die Belege über die getätigten Verkäufe und Käufe sowie die Kontoauszüge des Brokerhauses. Die zuletzt genannten Auszüge versah der W. B. teilweise mit handschriftlichen Änderungen und Vermerken. Zwischen den Kontoauszügen des Brokerhauses und den Zahlen des W. B. bestanden erhebliche Differenzen, die sich aufgrund der Tatsache ergaben, daß B. die ihm anvertrauten Gelder nicht vertragsgemäß anlegte, sondern für diverse andere Zwecke benutzte.

Aufgrund des ihm überlassenen Zahlenwerkes erstellte der Beklagte für den Kläger Abrechnungen. Entsprechend fertigte er Steuererklärungen für die GBR.

Am 30.1.1985 wurde zwischen der Firma R. als „Vertreter der einzelnen Anleger der Sammelkonten“ und dem Beklagten eine Vereinbarung geschlossen, wonach die Haftung des Beklagten für Risiken aus den für die Anleger getätigten Geschäften beschränkt wurde; wegen der Einzelheiten wird inhaltlich auf die Vereinbarung Bezug genommen.

Nachdem der Wirtschaftsprüfer Dr. H. bei einer Prüfungstätigkeit bei der R. Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des W. B. bei der Anlage und Abrechnung der Einlagen festgestellt hatte, wandte sich der Beklagte mit Einschreiben vom 18. 6. 1985 an die R. und teilte dieser die Feststellungen des Wirtschaftsprüfers Dr. H. mit. Zugleich wies er darauf hin, daß es ihm aufgrund dieser Feststellungen nur möglich sei, die Anlegerabrechnung für Mai 1985 zu erstellen, wenn nachweislich alle bestehenden Differenzen den fraglichen Konten in Geld- oder Wertpapierbestand zugeführt werden oder der unwiderlegbare Nachweis über den Verbleib der den Konten bisher nicht gutgeschriebenen Beträge erbracht werde. Ansonsten, so teilte er ferner mit, sehe er sich gezwungen, sein Mandat niederzulegen. Dies geschah schließlich mit Schreiben vom 26. 6. 1985.

Anfang Juli 1985 richtete er schließlich ein Anschreiben an die Anleger und teilte diesen mit, daß die Mitteilung über ihr Auseinandersetzungsguthaben künftig von der GBR zugehen werde und ab sofort die Benachrichtigungen über die Entwicklung der Auseinandersetzungsguthaben nicht mehr von ihm erstellt würden, da das Mandatsverhältnis zwischen ihm und der Firma R. aufgelöst worden sei.

Als im Juni 1986 die Firma R. in Konkurs fiel, wurde offenbar, daß das Guthaben der GBR sich auf ca. 130.000,- Dollar belief. Der Kläger gehört

nicht zu den Anlegern, die an diesem Geld einen Anteil haben. Er hat somit seine gesamte Einlage verloren.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt der geltend gemachte Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten zu.

Denn dem Beklagten kann eine Pflichtverletzung, die für den dem Kläger entstandenen Schaden im haftungsrechtlichen Sinne ursächlich wäre, nicht angelastet werden.

Dabei kann es nach Auffassung der Kammer dahinstehen, ob, wie es der Kläger behauptet, der Beklagte trotz erkannter Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrigkeiten seiner Auftraggeberin nach deren Angaben die Abrechnungen für die Anleger fertigte und damit möglicherweise in Kauf nahm, daß diese über die Verwendung ihrer Gelder und die erzielten Gewinne getäuscht worden sind.

Denn der Beklagte war in seiner Eigenschaft als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter gegenüber seinem Auftraggeber zur Verschwiegenheit über all das verpflichtet, was ihm in Ausübung seines Berufs oder bei Gelegenheit dieser Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt geworden ist und soweit es die Verhältnisse des Auftraggebers betrifft (vgl. OLG Hamm BB 1969, 860; § 57 StBerGl).

Diese Verschwiegenheitspflicht besteht ganz anerkannter Rechtsauffassung zufolge gegenüber jedermann und damit auch gegenüber der Klägerseite, **nachdem zwischen den Parteien unstreitig ist, daß jedenfalls zwischen den Parteien keine unmittelbaren vertraglichen Beziehungen bestehen** und insoweit auch kein Mandatsverhältnis vorliegt. Vielmehr ist der Beklagte im Auftrag des Geschäftsführers B. entweder für die GBR oder die R. tätig geworden, so daß Auftraggeberin die Gesellschaft war. Die Berufsleistung ist aber gegenüber dem vertretungsberechtigten Organ bzw. dem persönlich haftenden Gesellschafter zu erbringen, wobei es anerkannter Rechtsauffassung zufolge, der sich auch die erkennende Kammer anschließt, dieser überlassen ist, in welcher Form die Berufsleistung des Steuerberaters oder Steuerbevollmächtigten verwendet wird, und zwar auch dann, wenn dieser z. B. in einem Prüfungsergebnis Pflichtwidrigkeiten aufgedeckt hat; denn es ist nicht Aufgabe des Berufsangehörigen der steuerberatenden Berufe, ohne Auftrag das Ergebnis seiner Feststellungen unmittelbar den Gesellschaftern zur Verfügung zu stellen (vgl. Gehre, Kommentar zum Steuerberatungsgesetz, München 1981, Rdnr. 66 zu § 57). Dem Kläger gegenüber als bloßer Anleger und Mitgesellschafter der GBR war der Beklagte daher auf-

grund der ihm obliegenden Pflicht zur Verschwiegenheit ohne entsprechenden Auftrag seiner Mandantin nicht berechtigt, auf deren möglicherweise bestehende Pflichtwidrigkeiten hinzuweisen.

Dabei verkennt die Kammer nicht, daß auf diese Weise auch Dritte, die in den Schutzbereich des Vertrages zwischen Steuerbevollmächtigten und Auftraggeber fallen, wie dies hier der Fall ist, möglicherweise geschädigt werden. Da der Kreis der schutzbedürftigen Dritten bei Angehörigen der steuerberatenden Berufe im allgemeinen aber sehr weit gezogen wird, würde jede andere Handhabung das Vertrauen in die Angehörigen der steuerberatenden Berufe in einer nicht hinnehmbaren Weise stören, da diesem Berufsstand in aller Regel auch die persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten in vollem Vertrauen auf die Verschwiegenheitspflicht offenbart werden.

Allerdings war der Beklagte als Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter **verpflichtet, von dem Zeitpunkt an das Mandat niederzulegen, von dem er berechtigten Anlaß zur Befürchtung hatte, daß sein Auftraggeber von ihm eine pflichtwidrige oder unerlaubte Handlung begehrt, zumal hierdurch schutzbedürftige Dritte geschädigt werden könnten** (vgl. Gehre, a.a.O., Rdnr. 26 f. und 50 f. zu § 57 StBerG). Dieser Verpflichtung ist er im Juli 1985 auch nachgekommen, indem er sein Teilmandat niederlegte.

Der Auffassung der Klägerseite, wonach er in seinem Mitteilungsschreiben an die Anleger die Gründe für seine Mandatsniederlegung hätte mitteilen müssen oder zumindest klarstellen müssen, daß die Auflösung des Mandatsverhältnisses von seiner Person ausgegangen sei, vermag die Kammer hingegen nicht zu teilen. Denn **wegen der ihm obliegenden Verschwiegenheitspflicht durfte der Beklagte den Anlegern die Gründe über die Mandatsniederlegung gerade nicht mitteilen**. Mit seinem Hinweis, daß es Gründe hierfür gebe, die bei der R. zu erfragen seien, ist hinreichend deutlich angedeutet, daß die Gründe für die Anleger von Interesse sein könnten. Ein noch deutlicherer Hinweis hätte die Grenzen der ebenfalls berufsrechtlich zu ahndenden fahrlässigen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht überschritten (vgl. Gehre, a.a.O., Rdnr. 60).

Entscheidend ist auch insoweit, daß der Beklagte durch diese Mitteilung im Juli 1985 die Anleger jedenfalls in die Lage versetzte, selbst bei der R. vorstellig zu werden und Aufklärung zu verlangen und bei begründeten Verdachtsmomenten eine Steuerprüfung zu veranlassen, wozu sie in Wahrung ihrer eigenen Interessen verpflichtet gewesen wären.

Wie nun von der Klägerseite selbst vorgetragen wird, wäre im Juli 1985, also dem Zeitpunkt der Mandatsniederlegung, ihre vollständige Einlage

noch zu retten gewesen. Selbst wenn also der Beklagte, was dieser bestreitet, schon lange vor diesem Zeitpunkt von der pflichtwidrigen Geschäftsführung des B. gewußt haben und dies den Anlegern nicht früher mitgeteilt haben sollte, wäre dieses Verhalten nicht schadenursächlich, da jedenfalls – wie soeben ausgeführt – im Zeitpunkt der Mitteilung der Mandatsniederlegung die Anleger bei Einleitung der erforderlichen Schritte in Wahrung ihrer Interessen ihre Einlagen noch hätten retten können.

Verschwiegenheitspflicht

– Entbindung durch Konkursverwalter

(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 14. 12. 1992

– 1 Ws 1155/92 – wistra 1993, 120)

Leitsatz:

Im Strafverfahren gegen die früheren Organe einer in Konkurs gefallenen juristischen Person kann ein Berufsgeheimnisträger im Sinne des § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO nicht von dem Konkursverwalter allein von seiner Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden werden.

Aus den Gründen:

Der angefochtene Beschluß, durch den gegen den Zeugen wegen Verweigerung des Zeugnisses ein Ordnungsgeld von 50,00 DM, ersatzweise ein Tag Ordnungshaft festgesetzt worden ist, kann keinen Bestand haben.

Die Annahme der Strafkammer, daß der Zeuge das Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigere, trifft nicht zu. Mit Recht beruft er sich nämlich auf das ihm **nach § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zustehende Zeugnisverweigerungsrecht**, von dem er bislang nicht gemäß § 53 Abs. 2 StPO entbunden worden ist. Die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht allein durch den Konkursverwalter der Gesellschaften der R-Gruppe, für die der Zeuge eine Berufstätigkeit ausgeübt hat, reicht zur Begründung einer Aussageverpflichtung im Strafprozeß gegen die Geschäftsführer bzw. faktischen Geschäftsführer einer Gesellschaft in der Rechtsform der GmbH nicht aus.

In Rechtsprechung und Schrifttum ist anerkannt, daß **anders als im Zivilprozeß** (vgl. insoweit Dahs, in: Festschrift Kleinknecht S. 63 ff. mit Nachweisen) im Strafverfahren gegen die früheren Organe der in Konkurs gefallenen juristischen Person ein Berufsgeheimnisträger im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO wegen der höchstpersönlichen Natur des zwischen ihm und den Organen der juristischen Person begründeten Vertrauensverhältnisses nicht von dem Konkursverwalter allein von seiner Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden werden kann. **Insoweit stehen keine Vermögensrechte der juristischen Person in Rede, über die der Konkursverwalter allein verfügen kann** (vgl. OLG Darmstadt DJZ 1904, 128; LG Düsseldorf NJW 1958, 1152; LG Kaiserslautern Anwaltsblatt 1979, 119; OLG Schleswig NJW 1981, 294; OLG Koblenz NSTz 1985, 426; OLG Celle wistra 1986, 83; Dahs, in: Löwe-Rosenberg, StPO, 24. Aufl., Rdn. zu § 53 und in Festschrift Kleinknecht a.a.O., Paulus, in: KMR, StPO, 7. Aufl., Rdn. 46 zu § 53; Kleinknecht/Meyer, StPO, 40. Aufl., Rdn. 46 zu § 53; Weihrauch, JZ 1978, 300 und Gülzow, NJW 1981, 265). Die von einer Mindermeinung (LG Lübeck NJW 1978, 1014 und Schäfer, wistra 1985, 209 ff.) vertretene und von der Strafkammer im angefochtenen Beschluß geteilte Ansicht, daß auch im Strafprozeß die Entbindungserklärung des Konkursverwalters ausreichend sei, verkennt den Schutzzweck der Vorschrift des § 53 Abs. 1 Nr. 3 StPO und den Aufgabenbereich des Konkursverwalters.

GI Hinweise

Das Umsatzsteuergesetz hat durch die Einführung der Binnenmarktvorschriften zum 1.1.1993 vielfältige Fallstricke erhalten. Als Sonderdruck aus „Rau/Dürrwächter/Flick/Geist, Kommentar zum Umsatzsteuergesetz“ erscheint im Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, ein Sonderdruck von Stadie Husmann, Klever, Winter, Einführungskommentar zu den Binnenmarktvorschriften des Umsatzsteuergesetzes. (176 Seiten, Lexikonformat, broschiert, DM 39,-, ISBN 3-504-24058-X)

Die Kommentierung ist wissenschaftlich und praxisnah. Dies wird durch zahlreiche Beispiele unterstrichen. Themenkomplexe: Die neue Erwerbsbesteuerung, die Steuerbefreiungen bei Lieferungen ins Ausland, die Vorsteuervergütung bei privaten innergemeinschaftlichen Neufahrzeugverkäufen, der Ort der Lieferung beim Versandhandel und der Ort der sonstigen Leistungen, die erforderlichen Angaben in Rechnungen, die Umsatzsteuer-Identifikations-Nr., die Erklärungs- und Aufzeichnungspflichten, die Meldepflichten sowie die Kleinunternehmer-Befreiung.

Der Sonderdruck bietet eine preisgünstige Möglichkeit für eine handliche Information über die den Berater quälenden neuen Binnenmarktvorschriften des Umsatzsteuergesetzes.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1 – 8, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA			
– Mitwirkungspflicht	93, 56		
– Schätzung	93, 56		
Anerkennung			
– d. Honorarforderer	93, 149		
Bankhaftung			
– Aufklärungspflichten, Kapitalanleger	93, 43		
– Bankreferenz	93, 43		
– Haftungsbeschränkung, AGB	93, 200		
– Plausibilitätsprüfung	93, 200		
– Prospekthaftung	93, 43		
– Wissensvorsprung	93, 194		
– WP-Testag	93, 200		
Bauherrenmodell			
– Bauherr/Gebäudeerwerber	93, 62		
– Zwischenvermietung			
= Einschränkung d. Rspr.	93, 62		
Beleg			
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233		
Belehrungspflicht d. RA			
– über Literaturauffassungen	93, 139		
– beschränktes Mandat	93, 260		
– Interhaltsprozeß	93, 116		
Belehrungspflicht d. StB/WP			
– Einfamilien- oder Zweifamilienhaus	93, 29		
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	93, 234		
– wg. Rundschreiben			
– Gebührenhöhe	93, 112		
Beratung			
– Umfang/Wirtschaftsberatung	93, 142		
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO			
– Geschäftsunterlagen	93, 43		
Beweislast			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	93, 110		
– Ausforschungsbeweis	93, 101		
Beweislast			
– Honorarzahlgung	93, 149		
Bilanzherstellung			
– halbfertige Arbeiten, Anzahlungen	93, 231		
Bindungswirkung			
– Strafurteil	93, 269		
Darlegungslast z. Regreßanspruch			
– Schaden, § 287 ZPO	93, 98		
Dienstvertrag			
– Fehler, Beweislast	93, 200		
– freier Mitarbeiter d. StB	93, 200		
– Teilleistung	93, 200		
Herstellungsklage			
– künftiger Anspruch	93, 117		
– und FG-Prozeß	93, 182		
Firma			
– Zusatz „Revision“	93, 44		
Forderungsabtretung			
– Verschwiegenheitspflicht	93, 2		
Freie Mitarbeiter			
– Dienstvertrag	93, 200		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle			
= Telefax	93, 221		
– Fristversäumnis, unverschuldete –			
= Erkrankung	93, 249		
= Flucht i. d. Säumnis	93, 116		
= Postbeförderung, neue Bundesländer	93, 250		
– Mitverschulden d. Mandanten	93, 222		
– Telefax			
= Ausgangskontrolle	93, 221		
– Unterschriftskontrolle	93, 194, 249		
Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
Gesamtschuldner			
– Baubetreuer, Treuhänder	93, 2		
GmbH			
– Steuerhaftung d. Geschäftsführers	93, 188		
Honoraranspruch d. StB			
– Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152		
– Buchführung			
= Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152		
= Rahmensatz	93, 151		
– Datevgebühren	93, 150, 151		
– Gebührenrahmen			
= Buchführungshonorar	93, 151		
– Interessenskollision	93, 207		
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50		
= nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52,		
	203, 205		
– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	93, 203		
– Schreibgebühren, § 17 StBGebV	93, 152		
– Schriftform	93, 205		
– Teilleistung	93, 200		
– Verjährung des –			
= Einrede in zweiter Instanz	93, 201		
= Zeitgebühren			
= Darlegungslast	93, 51		
= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51		
Honoraranspruch d. WP			
– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44		
Kausalität			
– f. Steuerhaftung	93, 188		
Kenntnis d. Steuerrechts			
– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62		
Kenntnis d. Zivilrechts			
– BGH-Meinung	93, 139		
Konkursverwalter, Haftung d. –			
– Pflichtverletzung d. Sequesters	93, 222		
Kündigung d. Mandats			
– fristlos, § 627 BGB	93, 159		
Mandatsniederlegung			
– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273		
Mitverschulden			
– Kenntnis d. Mandanten	93, 251		
– Zeitablauf	93, 260		
Mustereinspruch	93, 74		
Nachbesserung			
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47		
Notar			
– Belehrungspflichten			
= Darlegungs-Beweislast	93, 3		
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78		
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117		
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige	93, 222		
– Grundbucheinsicht	93, 3		
– Rechtskenntnis	93, 3		
– Vermögensvormund	93, 103		
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137		
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91		
Praxisabwickler			
– Berufungsbefugnis	93, 44		
Provisionsgeschäfte			
– Untreue	93, 106		
Prüfungsauftrag			
– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44		
– Unterschrift d. Gesellschafters	93, 251		
Rechtsanwalt			
– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221		
– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78		
– Beratungspflichten			
= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158, 222		
– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– d. GmbH	93, 78		
– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2			
= Kindergeld	93, 44		

vorvertraglicher Regreßanspruch			
– Verjährung d.	93, 91	– Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch	
– Versicherungsschutz	93, 214	= Primärverjährungsende	93, 210
Revision		– Verjährungshemmung	
– durch WPG/StBerG	93, 2	= Verhandlung	93, 212
Rundschreiben d. StB		Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO	
– Zugang d. –	93, 234	– Kenntnis d. Schadens	93, 270
Schaden		= Wissenszurechnung d. RA	93, 271
– Betriebsaufspaltung	93, 223	– Verjährungsbeginn	93, 21, 117
– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99	Vermögensvormund	
– Familienunternehmen	93, 223	– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103
– Gerichtsentscheidung	93, 184	Versäumnisurteil	
– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäftsf.	93, 188	– Flucht i. d. Säumnis	93, 116
– Steuervorteile		Verschwiegenheit	
= Korrektur d. –	93, 236	– Forderungsabtretung	93, 2
= rechtswidrige –	93, 44, 62	– Konkurs d. Mandanten	93, 277
– Zuschätzung	93, 36	– Unregelmäßigkeiten d. Mandanten	93, 273
Schadenersatz		= Mandatsniederlegung	93, 273
– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116	Versicherungsschutz	
Sequester		– Treuhandtätigkeit	93, 214
– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78	Verspätungszuschläge	
– Regreß im Konkurs	93, 222	– teilweise Berufsunfähigkeit d. StB	93, 108
Sozietät		Werbeverbot	
– irreführende Angaben, § 3 UWG		– Drittwerbung	93, 2
= gemischte –	93, 116	Wiedereinsetzung	
– überörtliche –	93, 116	– Hilfstätigkeit	93, 194
Sozietätsvertrag		– Rechtsirrtum	
– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2	= Praxisabwickler, Befugnisse	93, 44
Standesrecht		– Unterschriftenkontrolle	93, 194
– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192	Wirtschaftsberatung	
StB-GmbH		– Umfang d. –	93, 142
– Haftung d. Geschäftsführers	93, 240	Mustereinspruch	93, 74
Steuerberatungsvertrag		Wirtschaftsprüfer	
– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112	– Befangenheit, § 319 HGB	93, 44
Steuererklärung		– Rechtsberatung	93, 44
– Unmöglichkeit d. –	93, 238	= Kindergeld	93, 44
Teilleistung		Zahlungsverkehr d. Mandanten	
– Vergütungsanspruch	93, 200	– Überwachung d. –	93, 188
Telefax		Zuschätzung	
– Ausgangskontrolle	93, 221, 222	– Schaden?	93, 36
Treuhänder		Zwangsvollstreckung	
– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26	– gg. betagten StB	93, 194
– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2	Zwischenvermietung	
– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26	– Belehrungspflichten	93, 62
– Rechnungslegungspflicht	93, 2		
– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90		
– Versicherungsschutz	93, 214		
Umsatzsteuer			
– Anspruch a. Rechnungserteilung	93, 249	BGH v. 12. 6. 1990 – V StR 268/89	93, 103
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233	BGH v. 30. 10. 1990 – I StR 544/90	93, 106
Unterschrift		BGH v. 29. 11. 1990 – IX ZR 107/90	93, 137
– i. A.	93, 249	= WM 1991, 235	
Untreue		= BB 1991, 302	
– verschleierte Provision	93, 106	= NJW 1991, 1113	
Vergleichsverwalter		= DB 1991, 694	
– bestätigte Warenbestellung	93, 158	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91	93, 78
Verjährung, § 51 BRAO		= WM 1992, 527	
– vorvertragliche Ansprüche	93, 91	= NJW RR 1992, 393	
– f. RA-Treuhänder	93, 90	= MDR 1992, 906	
– Verjährungsbeginn		= DNotZ 1992, 457	
= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91	BGH v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91	93, 222
= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163	= WM 1992, 739	
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO		BGH v. BGH v. 24. 3. 1992 – X ZB 2/92	93, 44
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		= NJW 92, 2158	
= Anlaß für –	93, 36	= VersR 92, 1420	
= Ersterwerbermodell	93, 142	BGH v. 1. 4. 1992 – XII ZB 21/92	93, 194
– Verjährungsbeginn		= VersR 1992, 1421	
= Bestandskraft	93, 36	BGH v. 30. 4. 1992 – III ZR 151/91	93, 44
= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79	= WM 1992, 1148	
= Fristversäumnis	210	= BGHZ 118, 142	
= Schlußbesprechung	93, 195	= NJW 92, 2021	
= mit Sicherheitsleistung	93, 79	BGH v. 2. 7. 1992 – IX ZR 174/91	93, 21
= Vermögensgefährdung,		= VersR 1992, 1482	
Gewerbesteuerminimierung	93, 35	= WM 1992, 1/42	
= Wirtschaftsberatung	93, 142	= MDR 1992, 1188	
= Zugang d. Steuerbescheides	93, 177	= NJW 1992, 3034	
		BGH v. 9. 7. 1992 – IX ZR 209/91	93, 3
		= DB 1992, 1925	
		= WM 1992, 1662	
		= NJW 1992, 3237	

BGH v. 8. 10. 1992 – IX ZR 98/91 = WM 1993, 420 = NJW RR 1993, 243 = MDR 1993, 280	93, 78	OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91 OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91 OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91 OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91 OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91 OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91 OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91 OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992 – 13 U 258/91 OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92 OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992 – 18 U 160/92, rkr. OLG Düsseldorf v. 14. 12. 1992 – 1 Ws 1155/92 OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992 = RPKU 1.184/92	93, 181 93, 149 93, 52 93, 177 93, 203 93, 210 93, 110 93, 240 93, 45 93, 139 93, 56 93, 277 93, 2
BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92 = WM 1993, 251 = NJW 1993, 648	93, 117	OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90 OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91 OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91 OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr. OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91 = StB 1993, 9	93, 185 93, 158 93, 35 93, 142 93, 116
BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 12/92 = WM 1993, 382 = NJW 1993, 734	93, 98	OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92 = VersR 1993, 379 OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr. OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 97/92 = NJW-RR 1993, 413	93, 194 93, 62 93, 195
BGH v. 5. 11. 1992 – IX ZR 200/91 BGH v. 9. 11. 1992 – II ZR 141/91 = WM 1992, 2132 = NJW 1993, 199 = BB 1992, 2454 = MDR 1993, 84	93, 163 93, 90	OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91 = NJW-RR 1993, 250 OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90 = RPKU 1.121/91 OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr. OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91 OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91 = OLG-Report 1992, 82	93, 200 93, 194 93, 214 93, 36 93, 116
BGH v. 17. 11. 1992 – X ZB 20/92 BGH v. 25. 11. 1992 – VIII ZB 29/92 = WM 1993, 67 = DB 1993, 266 = MDR 1993, 177	93, 222 93, 78	OLG München v. 30. 1. 1992 – 1 U 4568/91 OLG München v. 20. 3. 1992 – 21 U 6235/91 = NJW-RR 1992, 1309 OLG Oldenburg v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92 OLG Oldenburg v. 6. 4. 1993 – 5 U 86/92	93, 231 93, 78 93, 223 93, 251
BGH v. 2. 12. 1992 – VIII ZR 50/92 = NJW 1993, 536 = WM 1993, 519 = ZIP 1993, 198	93, 249	LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92 = WP-Mitt. 1992, 143 LG Frankfurt v. 25. 3. 1992 – 2/21 O 233/91 LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 O 232/91, rkr. = RPKU 1.216/92 LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91 = NJW 1992, 1241 = WP-Mitt. 1992, 140	93, 194 93, 44 93, 268 93, 200 93, 2
BGH v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92 = BB 1993, 244 = DB 1993, 322 = NJW 1993, 1139	93, 79	LG Wiesbaden v. 3. 2. 1989 – 9 O 496/87 – n. rkr.	93, 249
BGH v. 10. 12. 1992 – IX ZR 54/92 = BB 1993, 386 = WM 1993, 703 = VersR 1993, 466	93, 187		
BGH v. 13. 1. 1993 – VIII ZR 112/92 = BB 1993, 607 = NJW RR 1993, 505 = WM 1993, 795	93, 159		
BGH v. 14. 1. 1993 – XI ZR 76/92 BGH v. 18. 1. 1993 – X R 83/91 = BFH/NV 1993, 427	93, 222 93, 249		
BGH v. 9. 2. 1993 – XI ZB 2/93 = BB 1993, 752 = MDR 1993, 469	93, 158		
BGH v. 11. 3. 1993 – IX ZR 202/91 BGH v. 22. 4. 1993 – VII ZB 2/93 BGH v. 29. 4. 1993 – IX ZR 101/92 BGH v. 27. 5. 1993 – III ZB 9/93 vgl. FG Hamburg EFG 1990, 119 = GI 1990, 94 LS	93, 222 93, 250 93, 260 93, 249		
OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 – 4 U 188/91 OLG Bremen v. 30. 7. 1991 – 3 U 45/91 = DStR 1992, 78	93, 26 93, 2		
OLG Celle v. 19. 12. 1990 – 3 U 111/89 = DStR 1992, 159	93, 44		
OLG Celle v. 25. 3. 1991 – 6 U 41/91 n. rkr. = RPKU 1.213/92	93, 78		
OLG Celle v. 18. 2. 1992 – 20 U 67/91 = NJW-RR 1992, 865	93, 222		
OLG Düsseldorf v. 6. 2. 1991 – 6 U 90/90 = NJW-RR 1992, 1311			
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 11/91 OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr. = RPKU 1.226/92	93, 238 93, 2		
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91 OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91 OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91 OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91 OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91 OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91	93, 205 93, 29 93, 47 93, 50 93, 112 93, 207 93, 233 93, 151 93, 201 93, 236		
		Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91) = WPK-Mitt. 1992, 132	93, 2
		SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, n. rkr. = WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192	93, 44
		FG Saarland v. 28. 7. 1991 – I K 185/91	93, 108